

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No 466

Mittwoch, 18. August 2010

16. Jahrgang

Panzós – Der Kampf gegen das Vergessen

Die Jahre zwischen 1978 und 1982 waren die brutalsten des guatemaltekischen Bürgerkriegs, gipfelnd in jene Kampagnen der ethnischen Säuberung, die von der UN Wahrheitskommission(CEH) als Genozid bezeichnet wurde. Eines der ersten Massaker, sozusagen ein Fanal auf das, was folgen sollte, war das Massaker von Panzós am 29. Mai 1978. Nun wurde in Guatemala die Übersetzung des Buchs „The Masacre of Panzós“ von Victoria Sanford präsentiert. Ein Anlass auch für ¡Fijáte!, einen Blick zurück in die Geschichte zu werfen.

Rückblende: 1978

Der politische Hintergrund

In den 1970er Jahren herrschten Militärs, die jedoch durch die Farce demokratischer Wahlen an die Macht kamen. Die beiden unternehmernahen Parteien *Nationale Befreiungsbewegung* (MLN) und *Demokratisch-Institutionelle Partei* (PID) kungelten ihre Präsidentschaftskandidaten aus, die dann vom Kongress gewählt wurden. 1970 war Carlos Arana Osorio Präsident, 1974 wurde der General Kjell Laugerud García, Verteidigungsminister unter Arana, zum Präsidenten gewählt. Laugerud zählte eher zur PID, die jenen Militärs nahe standen, die zum eigenen Nutzen eine wirtschaftliche Entwicklung, beispielsweise in der Transversal Norte oder dem Petén vorantreiben wollten, während die MLN eher den traditionellen UnternehmerInnen und GrossgrundbesitzerInnen nahestanden. Laugerud versuchte einerseits die unterschiedlichen Interessen der Mächtigen zu verteidigen, andererseits aber hat er den entstehenden Volksbewegungen, sofern sie nicht zu stark wurden, gewisse Handlungsmöglichkeiten eingäumt. Die Jahre waren geprägt vom Beginn sozialer Kämpfe und Kämpfe um Landrechte von BäuerInnenverbänden wie die *Nationale Bauernkonföderation* (CNC) oder der *Autonomen Gewerkschaftsföderation von Guatemala* (FASGUA), die Landlose in Landstreitigkeiten beriet. In dieser Zeit konnte innerhalb der Bewegung eine zunehmende Einheit erreicht werden, in der auch Teile der Kirche, StudentInnen und BewohnerInnen von Armenvierteln einbezogen waren. Gleichzeitig haben die Guerillagruppen - *Organisation des bewaffneten Volkes* (ORPA), die *Aufständischen Streitkräfte* (FAR), die Guatemaltekische Arbeiterpartei (PGT) und schliesslich die *Guerillaarmee der Armen* (EGP) neue Formen von Guerillaaktionen durchgeführt. Gut fünf Wochen vor dem Ende der Regierungszeit von Laugerud erreichten die Gewerkschaftskämpfe ihren Höhepunkt.

Der lokale Hintergrund

Panzós ist ein Munizip in Alta Verapaz, nicht weit vom Naturpark El Estor gelegen, zwischen der Sierra de Santa Cruz im Norden und der Sierra de las Minas im Süden. Die Stadt hat 5.000 EinwohnerInnen, das Munizip 60.000. Die Mehrheit sind Kekchi. Bereits seit vielen Jahrzehnten kämpften die BewohnerInnen um Landrechte gegen die Finqueros um den langjährigen Bürgermeister Flavio Monzón. 1963 wurde der Ort kurzzeitig von Guerilleros eingenommen. Im selben Jahr wurde das *Staatliche Institut für Landwirtschaftliche Entwicklung* (INTA) gegründet, bei dem sowohl die BäuerInnen wie Monzón immer wieder Anträge auf Landtitel stellten. Eindeutig ist, dass die Demonstration vom 29. Mai 1978 um Land und Landtitel ging. Uneinheitlich sind die Informationen darüber, ob die Minenkonzessionen für die *Internationale Nickel Company* (INCO) im nahen El Estor bei den Ereignissen eine Rolle spielten oder nicht. Im kanadischen Artikel „Portraits of Strength - The women of Panzós“ von Moira Peters steht, dass im Mai 1978 weite Teile der Ländereien, Behausungen und Felder vom Staat enteignet und der *Internationalen Nickel Company* (INCO) im Rahmen der Minenkonzession überlassen worden seien. Ein solcher direkter Zusammenhang mit INCO wird jedoch weder in dem Bericht der UN-Wahrheitskommission (CEH) hergestellt, noch im REMHI-Bericht des *Menschenrechtsbüros des Erzbischof* (ODHA) und auch nicht in den Büchern der forensischen Anthropologin und Autorin Victoria Sanford („Buried Secrets“, *The Masacre of Panzós*) hergestellt.

Das Massaker

Die Mächtigen des Ortes versammelten sich mit dem Polizeichef und anderen Verwaltungskräften ein paar Tage vor der Demonstration und beschlossen, Militär kommen zu lassen. 60 Militärs kamen in die Stadt. Nach

Aussagen gegenüber Sanford führten sie sich durch mehrere Vergewaltigungen von Frauen in der Stadt ein. Laut CEH gingen einige Bauern des Dorfes San Vicente am 27. Mai auf ihr Maisfeld am Ufer des Flusses Polochic, als Soldaten in Begleitung der Söhne des Grossgrundbesitzers auf sie zukamen und sie bedrohten. Am gleichen Tag wurden zwei Campesinos des Dorfes La Soledad, Panzós, verhaftet und von Militärs misshandelt. Bei Streitigkeiten innerhalb der Gemeinde kam es am selben Tag zu einem Todesopfer.

Am Morgen des 29. Mai 1978 versammelten sich mehr als 800 Menschen auf dem Marktplatz und demonstrierten für eine Landreform. Sie hatten Arbeitswerkzeuge, Stöcke und Macheten bei sich. Der ladinische Polizeichef berichtete, die Macheten seien blutrot gewesen, da zuvor ein Opfer für die Mayagötter damit geschlachtet worden sei („Hexerei“). Daher habe er sich vor den BäuerInnen gefürchtet. An den wichtigsten Punkten des Marktplatzes, auf dem Dach des Rathauses und der Kirche, hatten sich die Soldaten postiert.

Ein Demonstrationsteilnehmer sagte später: „Wir wollten uns mit niemandem streiten, wir wollten die Frage der Landrechte geklärt haben. Die Leute kamen aus vielen verschiedenen Orten und sie hatten keine Feuerwaffen bei sich.“

Der Bürgermeister Walter Overdick Garcia und die städtischen Funktionäre berieten im Rathaus hinter verschlossenen Türen. Um 9 Uhr wollten die DemonstrantInnen mit dem Bürgermeister sprechen. Dieser sagte zu, mit einer Delegation von vier bis fünf Personen zu reden. Die Stimmung war aufgeheizt, das Gespräch kam nicht zustande. Ein Augenzeuge berichtete, dass ein Soldat gegenüber der protestierenden Menge gesagt habe: „Wenn ihr Land wollt, könnt ihr es haben – auf dem Friedhof.“ Gleichzeitig beschimpfte er die DemonstrantInnen als Guerilleros.

Über den Verlauf des Massaker gibt es unterschiedliche Versionen. Einige sagten, dass die Schüsse begannen, als eine der Führerinnen der DemonstrantInnen, „Mama Maquin“, (zu ihr später mehr) einen Soldaten zur Seite stossen wollte, der ihr im Weg stand. Ein anderer Augenzeuge erklärte, ein Demonstrant habe einem Soldaten eine Feuerwaffe abgenommen, habe aber nicht gewusst, wie er damit umgehen solle. Viele wollen gehört haben, wie ein Militär rief: „Eins, zwei, drei, Feuer!“ Die CEH vermutet, dass letztendlich der Grossgrundbesitzer den Befehl gab, auf die Menge zu schießen. So wurden in jedem Fall 53 Menschen getötet, die im CEH-Bericht namentlich aufgeführt werden. Weiterhin ist dort von 44 weiteren „kollektiven, unbekanntem Opfern“ die Rede. Einige Soldaten sollen durch Macheten, keiner jedoch durch Feuerwaffen, verletzt worden sein. Der REMHI-Bericht spricht von über 100 massakrierten Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, und von 300 Verletzten. Möglicherweise sind in der Zeit danach weitere Kekchi umgebracht worden; viele BewohnerInnen von Panzós versteckten sich jedenfalls in den umliegenden Wäldern oder Bergen.

Die Ereignisse gingen um die Welt. Zunächst hiess es in den guatemaltekischen Zeitungen „EIN MOB VON TAUSEND BAUERN ÜBERFIEL MILITÄREINHEIT IN PANZÓS!“. Nach und nach drangen jedoch die Proteste aus den sozialen Bewegungen an die Öffentlichkeit. Und für die katholische Kirche war dieses Ereignis – so schrieb die Informationsstelle Guatemala 1983 – „der auslösende Faktor, um die Militärregierung und das zugrundeliegende gesellschaftliche System zu verurteilen.“ Mindestens zehn Stellungnahmen christlicher Organisationen erschienen in guatemaltekischen Zeitungen.

Am 1. Juni nahmen an einer von der Studierendenvereinigung AEU angemeldeten Protestdemonstration gegen das Massaker von Panzós in der Hauptstadt Guatemala-Stadt – je nach Zählung – zwischen 60.000 und 100.000 Menschen teil: Studierende, Mitglieder der Volksbewegungen und Gewerkschaften und zahlreiche kirchliche Gruppen.

Mama Maquin und ihre Enkelin

Die Führerin des Protests in Panzós war unbestreitbar Adelina Caal Maquin, genannt „Mama Maquin“. Sie war damals 60 Jahre alt. Ihre damals zwölfjährige Enkelin Maria, die das Massaker überlebte, da sie sich tot stellte, erinnerte sich gegenüber Victoria Sanford: Ihre Grossmutter habe zu den Soldaten gerufen, sie sollten ihre Waffen herunternehmen und ihr erlauben, mit dem Bürgermeister zu sprechen. Sie erinnerte sich auch an das plötzliche laute Krachen des Maschinengewehrs, das Mama Maquins' Körper von ihrem Kopf trennte. Sie war eine der wenigen Frauen, die Spanisch sprachen und organisierte die Gemeinde seit längerer Zeit in ihrem Kampf um Landrechte. Die Guerilla machte sie publizistisch zu einer Märtyrerin und Guerillera der 1960er Jahre. Ob sie es tatsächlich war, lässt sich nicht mehr herausfinden. Alle gedenken ihrer jedoch als eine „die stets für unsere Landrechte eingetreten ist“.

Ihr Name und ihr Engagement ist in zweierlei Hinsicht weitergetragen worden: 1990 haben sich guatemaltekische Flüchtlingsfrauen in Mexiko zu einer Frauenorganisation zusammengeschlossen, die sie Mama Maquin nannten. „Unsere Geschichte als Flüchtlingsfrauen“ - so heisst es in einer Schrift der Organisation - „ist nicht anders als die Geschichte unseres Landes: eine Geschichte des Krieges, der Armut, des Elends, des Schmerzes und der Menschenrechtsverletzungen.“ Und Mama Maquin lebt weiter in ihrer Enkelin Maria. Sie hatte sich damals tot gestellt. Anschliessend lebte sie – wie so viele in dieser Zeit – versteckt mehrere Jahre in den Bergen. Nun hat sie wieder eine führende Rolle in ihrer Gemeinde inne.

Überlebende treten in ihre eigene Geschichte ein

von Larry Kaplow (GlobalPost, 3. Juni 2010)

Panzós, Guatemala — Hunderte von BäuerInnen, LehrerInnen und SchülerInnen füllten einen kleinen Gemeindesaal um eine US-amerikanische Autorin zu sehen, die ihr Buch präsentiert, das von dem entsetzlichen Massaker erzählt, das vor 32 Jahren genau an diesem Ort stattfand. Sie machten sich Notizen und scannten die Seiten, um ihre Geschichte gedruckt zu sehen. Viele kauften ein Buch, das, auch wenn auf wenige Dollar herabgesetzt, einem Tageseinkommen entsprach. Der Spuk der Vergangenheit wurde überbrückt, als Maria Maquin, eine der berühmtesten Überlebenden, das Mikrofon nahm und lautstark zum Widerstand gegen den aktuellen Antrag auf die Errichtung einer Militärbasis in der Nähe aufrief. „Wenn Soldaten kommen, dann kommen sie, um zu töten“, warnte sie in klaren Worten, die sie früher zu einer Zielscheibe der Repression hätten werden lassen – und vielleicht auch noch heute.

Die Präsentation des Buches „La Masacre de Panzós“ von der New Yorker Anthropologin Victoria Sanford am Ort des damaligen Geschehens war sinnbildlich für den Schwierigkeit Guatemalas auf dem Weg von den gewaltsamen Diktaturen der Vergangenheit zu einer (aktuell noch nicht) funktionierenden Demokratie. Es ist wahr, das angstvolle Schweigen über die Vergangenheit ist schon lange gebrochen. Die Buchpräsentation brachte SchülerInnen busweise in die Stadt, um eine Diskussion zu verfolgen über das Töten, das nur wenige Schritte von dem Ort entfernt, an dem sassen, stattgefunden hatte. Ein paar ehemalige Gueriller@s waren auch anwesend und auf dem Marktplatz, auf der DemonstrantInnen gegen die Militärbasis marschierten, hing ein Banner von Che Guevera, welches das „Heroische Panzós“ pries. Aber die Mörder wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Es gab bisher nur wenige hochrangige Verurteilungen von Militärs wegen Kriegsverbrechen. Im Allgemeinen aber herrscht das Klima der Straffreiheit.

Es gibt schon seit längerem Bücher über Panzós, aber die Überlebenden waren elektrisiert von der Möglichkeit, Gastgeber dieser Buchpräsentation zu sein. „Es ist so fantastisch“, sagte Matilde Caal, die ihre Kindheit auf der Flucht verbrachte, nachdem ihre Verwandten in den frühen 1980er Jahren verschwanden. Sie ist nun Gesundheitspromotorin. Sie kaufte zwei Bücher für ihre Nichten und Neffen. „Sie mussten das Buch hier vorstellen, damit die Kinder wissen, was passiert ist. Nicht nur in Panzós, sondern überall.“

Einige der etwa 500 SchülerInnen, die den Saal füllten, sagten im Interview, dass sie bis heute niemals von einem Massaker gehört hatten, obwohl sie aus Dörfern kämen, die nur wenige Kilometer entfernt liegen. Einige in Guatemala, vor allen in den städtischen Regionen, streiten die „Kampagne der verbrannten Erde“ während des 36-jährigen Krieges nach wie vor ab. Die Veranstaltung war für die Autorin Sanford eine Art Heimkehr. Sie war Mitglied eines Teams von ArchäologInnen, die 1997 Massengräber des Massakers exhumierten. Sie hatte seit 1990 Forschungen in Guatemala unternommen, aber sie war nicht mehr im Land, seit sie 2007 Todesdrohungen erhalten hatte.

Ihr Buch wurde mit Hilfe der Soros Stiftung in Guatemala veröffentlicht. Eine lokale LehrerInnenvereinigung lud sie ein, um das Buch gemeinsam mit einem Podium aus AutorInnen und WürdenträgerInnen in Panzós vorzustellen. Die Präsentation (siehe <http://www.ustream.tv/recorded/7272886>) wurde in Spanisch und in Kekchi durchgeführt.

„So lange sich die Gesellschaft organisieren kann, besteht Hoffnung“, sagte Sanford auf die Frage, was ihr bei ihrer Rückkehr nach Panzós aufgefallen sei. „Aber eine Militärbasis zu bauen, unterstützt nicht die fortwährende Organisation einer Zivilgesellschaft.“

Reaktionen auf die Verlängerung des Erdölabbauvertrages 2-85 im Nationalpark *Laguna del Tigre*

Guatemala, 9. Aug. Nachdem am 23. Juli 2010 Präsident Alvaro Colom der Verlängerung des Erdölabbauvertrages 2-85 mit der Firma *Perenco* im Nationalpark *Laguna del Tigre* zustimmte (siehe ¡Fijáte! 466), wurden vielfältige Reaktionen von Seiten der Zivilgesellschaft und Umweltorganisationen verzeichnet:

27. Juli – Die Verlängerung des Vertrages wird in der offiziellen Zeitung *Diario de Centro América* veröffentlicht, obwohl das *Zentrum für umweltrechtliche und soziale Aktionen* (CALAS) vor dem Verfassungsgericht Einspruch dagegen erhoben hatte. Das Verfassungsgericht fordert einen Bericht von der Regierung über die Vertragsverlängerung und das Erdölprojekt.

28. Juli – Mehr als 15 Bildungseinrichtungen, Umweltorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft sprechen sich gegen die Verlängerung des Vertrages aus, unter anderem die Universitäten San Carlos und Rafael Landivar, die neben CALAS rechtliche Schritte unternehmen werden. Neben der Illegalität des Vertrages wird

der begrenzte wirtschaftliche Nutzen bemängelt und kritisiert, dass die Meinung der Universitäten und Zivilgesellschaft nicht berücksichtigt wurde.

29. Juli – Colom gibt den *Plan Cuatro Balam* bekannt, welcher den Nationalpark der *Laguna del Tigre* schützen helfen soll. Dies schliesst die Maya-Ruinen von *Tikal* und *El Mirador* mit ein und soll den Nationalpark *Cuatro Balam* bilden.

30. Juli – Mehrere Umweltorganisationen demonstrieren gegen die Verlängerung des Vertrages mit *Perenco*.

31. Juli – Das Verfassungsgericht erkennt die Veröffentlichung des Vertrages 2-85 an und gibt damit dem Einspruch von CALAS nicht statt. Als Grund gibt das Gericht an, dass der Zeitpunkt und die Umstände nicht ratsam wären und dass rechtliche Elemente fehlen, um über die Verfassungswidrigkeit der Verlängerung zu entscheiden. Dies wurde vom *Energie- und Bergbauministerium* (MEM) positiv aufgenommen, da es laut Romeo Rodriguez aufzeigt, dass alles gesetzesgemäss geschah.

1. August – CALAS präsentiert der Regierung ein Memorandum, um gegen die Verlängerung des Vertrages zu argumentieren. Dieses sagt aus, dass der Vertrag den nationalen Interessen widerspricht und den Artikel 64 der Verfassung verletzt, welcher den Schutz der Nationalparks bestimmt.

Auch hat CALAS vor, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um die Inkraftsetzung des Vertrags zu verhindern. Dies schliesst Anzeigen gegen den Ex-Chef des MEM Carlos Meany und den aktuellen Leiter Romeo Rodriguez mit ein, da diese als Verantwortliche für die Verlängerung des Vertrages betrachtet werden.

9. August – Der unabhängige Abgeordnete Anibal Garcia erhebt gegen die Verlängerung des Vertrages 2-85 Einspruch beim Verfassungsgericht. Gemäss seinen Aussagen existieren Unstimmigkeiten. So sei die Firma *Perenco Limited Guatemala* vom Finanzamt (SAT) seit dem 12. Juni 2006 als zu beauftragender Anbieter für „unfähig“ erklärt worden, da sie Schulden bei der SAT habe. Das Anstellungsgesetz verbietet es dem Staat, Firmen zu beauftragen, die diesen Status innehaben.

Am gleichen Tag spricht sich ebenfalls Erzbischof Rodolfo Quezada Toruño gegen den Erdölabbau im Nationalpark *Laguna del Tigre* aus. Wie das Bergbauprojekt Marlin sei das Erdölprojekt schädlich für Guatemala.

Es bleibt abzuwarten, ob und wie das Verfassungsgericht entscheiden wird, und ob all diese Aktionen etwas an der Verlängerung des Vertrages ändern werden.

Zeitweilige Schliessung der Mine Marlin

Guatemala, 5. Aug. Die *Generalstaatsanwaltschaft der Nation* (PGN) befahl dem *Energie- und Bergbauministerium* (MEM), eine zeitweilige Unterbrechung jeglicher Bergbauaktivitäten in der Mine Marlin anzusetzen.

Die Verordnung wurde durch den Generalstaatsanwalt Guillermo Antonio Porras Ovalle am 21. Juli 2010 abegesegnet. Diese Unterbrechung der Aktivitäten der Firma *Montana Exploradora* entspricht dem Beschluss der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH), welche genau dies letzten Mai vom Staat Guatemala verlangte. Die Gemeinden von Sipakapa und San Miguel Ixtahuacán hatten bei der CIDH wegen von der Mine Marlin verursachten Umweltverschmutzung und daraus resultierenden Gesundheitsproblemen Anzeige erstattet. Nun soll nachgeprüft werden, ob Umweltverschmutzungen bestehen und wie gross deren Auswirkungen sind.

Vermutlicher Mörder des Ex-Sicherheitschefs Víctor Rivera gefasst

Guatemala, 29. Juli. Der Drogenhändler Jorge Mario Paredes Córdova, alias der „Dicke“, wird von der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit* CICIG als planender Kopf der Ermordung des Ex-Sicherheitschefs Víctor Rivera Azuaje betrachtet.

Rivera wurde am 7. April 2009 ermordet, eine Woche nachdem sein Arbeitsvertrag mit dem Sicherheitsministerium zu Ende ging. Das Opfer und seine Assistentin María del Rosario Melgar Martínez wurden beim Verlassen eines Restaurants von einem Pick-Up verfolgt. Rivera wurde acht Mal angeschossen und erlag seinen Verletzungen. Aurelio Ruiz und Werner Gómez Sandoval, Mitglieder der Bande von Paredes, sind laut CICIG die Ausführenden der Tat gewesen, während Polizeiagent Santiago Enrique Sis García und die Assistentin Melgar die notwendigen Informationen lieferten. Melgar floh anschliessend aus dem Land und bekam 100.000 US-Dollar überwiesen. Gegen Alvaro Matus, Ex-Staatsanwalt der Mordkommission, wird deswegen ermittelt.

Des weiteren wurden neun Mitglieder der Bande des „Dicken“ verhaftet. Der Chef soll die Ermordung beauftragt haben, nachdem einer seiner Söhne bei einer Anti-Entführungsaktion, die Rivera leitete, ums Leben gekommen war. Neben Melgar werden noch fünf weitere Personen gesucht.

Richterin blockiert Teile des “Arizonagesetzes”

Guatemala, 29. Juli. Die Bundesrichterin von Phoenix, Susan Bolton, blockierte kurz vor Inkrafttreten des “Anti-Immigrations“-Gesetzes SB1070 im Bundesstaat Arizona wichtige und polemische Teile desselbigen, die besagen:

- dass es ein Verbrechen ist, seine Einwanderungspapiere nicht bei sich zu führen;
- dass PolizeibeamtInnen verpflichtet sind, den Einwanderungsstatus von Personen zu erfragen, wenn sie verdächtig aussehen, illegal in den USA zu leben;

Ausserdem wies die Bundesrichterin darauf hin, dass es schon Bundesgesetze gibt, die dieses Terrain abdecken. Für die Einwanderungsgemeinde ist dieser Beschluss ein Sieg, der auf eine Reihe von Protesten ihrerseits zurückzuführen ist. Hingegen befürworten laut Umfragen die Mehrheit der US-AmerikanerInnen das Gesetz in seiner ursprünglichen Form.

Die von der Bundesrichterin beanstandeten Gesetzes-Artikel sind blockiert, bis das Bundesgericht darüber entschieden hat. Da andere Gesetze die Problematik bereits abdecken, ist die Wahrscheinlichkeit gross, bei der Modifizierung des Gesetzes, welches illegale Einwanderung zu kriminalisieren versucht, Erfolg zu haben.

Anzeige gegen Bürgermeister Álvaro Arzú

Guatemala, 28. Juli. Die Anwältin Karen Fischer reichte Anzeige gegen den Bürgermeister von Guatemala Stadt Álvaro Arzú ein, da sie auf Unstimmigkeiten im öffentlichen Verkehrssystem gestossen ist. Busse wurden in ihrem Wert um 231 Millionen US-Dollar überschätzt. Deshalb verlangt die Anwältin, dass die Immunität des Bürgermeisters aufgehoben wird und ein Strafprozess wegen Täuschung, Unterschlagung öffentlicher Gelder, materieller und ideologischer Falschdarstellung, Veruntreuung, Betrug und Monopolisierung gegen ihn eröffnet wird.

Fischer präsentierte Dokumente, die belegen, dass ein Kredit von über 636 Millionen US-Dollar für den Kauf von 3000 Bussen und die Einführung einer Prepaid-Karte gezahlt wurde, deren Wert aber nur bei knapp 405 Millionen US-Dollar liegt. Dies wird als eine Überbewertung betrachtet.

In den nächsten 60 Tagen muss nun das Gericht über die Anzeige entscheiden. Ermittelt wird wegen drei Delikten: Monopolisierung, Unterschlagung und Nichterfüllung der Pflichten.

Hijóle, die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Haben Sie Feinde? – Wir töten sie für Sie!

Erzählen Sie es nicht weiter, aber ich überlege mir, ein Inserat in den gelben Seiten zu schalten, das ungefähr so lautet: *Haben Sie Feinde? Wir töten sie für Sie! Straffreiheit garantiert.* Klar, die Sache mit der Straffreiheit muss ich noch mit meinem Anwalt klären, der hat Vitamin B. Man hat mir gesagt, es sei ein gutes Geschäft.

Die Idee ist mir nach und nach gekommen. Vor einigen Monaten habe ich mir eine Waffe gekauft, was übrigens ein Kinderspiel war ..., und seither spüre ich, wie sich mein Leben verändert. Ich achte immer darauf, sie gut sichtbar am Gurt zu tragen mit der Absicht, folgende *Message* durchzugeben: *Vorsicht, komm mir nicht in die Quere, sonst knallt's.* Seither behandelt man mich im Bus, in der Bank und auf der Strasse viel besser. Die Waffe bringt mir überall dort Vorteile, wo es viele Leute hat: bei Staus, in Schlangen etc. – man lässt mich durch. Und weil alle NachbarInnen von meiner Waffe wissen, kann ich des Nachts gut schlafen. Ich hab zu meinen Kids gesagt: habt keine Angst, hier trauen sich keine Diebe mehr rein.

Etwas ganz ähnliches ist einem Kumpel aus meinem Dorf passiert, der einen Sohn bei der Polizei hat. Er hat gemerkt, dass die Leute mehr Respekt vor ihm haben wegen seinem Sohn. Dies hat ihn dazu verleitet, ein paar Gewohnheiten anzunehmen, von denen er früher nicht einmal geträumt hat wie zum Beispiel Grenzsteine zu versetzen oder Frauen zu belästigen und solche Dinge. Einen Sohn bei der Polizei zu haben, bringt ihm den Vorteil, dass die NachbarInnen beginnen, Angst vor ihm zu haben. Je wagemutiger seine Gewohnheiten und Abenteuer werden, umso mehr Respekt haben die Leute vor ihm, denn sie denken, dass sein Sohn auf der Stelle jeden umbringt, der sich seinem Vater entgegenstellt. Auch mein Kumpel hat mir erzählt, dass er sich nun sicherer fühlt in seinem Haus.

Deshalb überlege ich mir, ein kleines Geschäft zu eröffnen, das hauptsächlich darin besteht, eine Produktlinie zu entwickeln, die von Angst bis Panik reicht und mit der ich die Sicherheit meiner KundInnen garantieren kann. Dazu bräuchte ich ein paar disziplinierte und zuverlässige Angestellte, die in den Sicherheitsapparaten des Staates problemlos zu finden sind. Es ist schon heute der Job dieser Leute, Tötungsmaschinen zu erfinden. Ausserdem bräuchte ich Waffen verschiedenen Kalibers, Granaten etc., die in den Lagerräumen der Armee leicht aufzutreiben sind, wie wir alle wissen. Hauptsache man hat Geld.

Eine weitere unabdingbare Sache für mein Geschäft sind die Beziehungen zu den drei Staatsmächten. Sie wissen ja, das Geschäft mit der Sicherheit setzt multidisziplinäre und gut koordinierte Absprachen voraus. Ich habe Geschäftspartner im Justizwesen und bei der Staatsanwaltschaft. Diese wiederum kennen Anwälte und Richterinnen, die mit uns kollaborieren. Auch im Kongress bin ich schon gut verankert, ich habe mächtige Kontakte, vor allem zu den ChefInnen der verschiedenen Fraktionen. Ein paar persönlich ausgestellte fette Checks sowie das Versprechen auf Geld für die Wahlkampagnen wirken Wunder. Und genauso läuft es bei der Exekutive. All dem wird noch ein bisschen Angst in den verschiedensten Varianten beigefügt: Drohungen, Erpressung etc. Schliesslich ist die Angst unser Kerngeschäft.

Die Menschen haben ja nicht nur vor dem Tod Angst. Sie haben genauso Angst vor der Verleumdung, die zum sozialen oder politischen Tod führen kann. Dazu sind die Medien äusserst nützlich: die öffentliche Ablehnung bringt impertinente VertreterInnen der sozialen Bewegungen zum Scheitern oder beendet eine unliebsame politische Karriere.

Wir verkaufen Unsicherheit, Schutzlosigkeit, Angst, Horror, Terror und Panik *à la carte*, je nach Wunsch unserer Kundschaft. Ihnen sind wir verpflichtet, sie bezahlen. Wir wissen, dass die Angst ihnen den Rücken freihält, um ihre Projekte durchzuziehen: die Leute schliessen sich in ihr Schweigen ein, sei es bei der Arbeit, im Supermarkt oder auf dem Weg dorthin und zurück; wenn sie zuhause sind, schliessen sich sie mit ihrem Fernseher ein. Über den Bildschirm erzählen wir ihnen dann, wie gross ihre Angst sein muss. Dafür provozieren wir Ereignisse, die Angst machen, zum Beispiel Verbrechen in öffentlichen Verkehrsmitteln, wo wir Granaten unter die Passagiere werfen.

Wir bieten unseren Service den grossen Unternehmenskonsortien an, um ihnen Sicherheit und ausländische Investitionen zu garantieren. Deshalb benutzen wir in jenen Regionen, in denen es Minen, Wasserkraftwerke und andere Megaprojekte gibt, andere Strategien als in den urbanen Zentren. Während wir für die Städte den Delinquenten Straflosigkeit garantieren, kriminalisieren wir in den Dörfern die Unzufriedenen, indem wir sie verfolgen, beschuldigen, verleumden oder umbringen. Auf unterschiedliche Weise zwar, aber in beiden Fällen erfolgreich, bringen wir auf dem Land und in den Städten dasselbe Produkt auf den Markt: Die permanente Angst.

Sie fragen zwar nicht danach, aber ich möchte Ihnen trotzdem erklären, dass es zu unserem Geschäft gehört, die tägliche Anzahl der Toten zu erhöhen. Aktuell sind es in Guatemala 23 Tote pro Tag. Es ist leider so: bei Bedarf erhöhen wir diesen Durchschnitt. Wobei Ihnen klar sein muss, dass dies nicht unsere Absicht ist. Unsere Produktlinie hat nur mit der Angst zu tun.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch
Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!
Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
barbara-m@bluewin.ch
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!
Christian Hagmann
Am Bahnhof 6
78315 Radolfzell
fijate@web.de
E-Mail-Abo: Euro 50.-